

Herausgegeben von den britischen Militärbehörden
Die Zeitung erscheint jeweils dienstags und freitags
Der Postverlagort ist (21) Oelde

Neue

Westfälische Zeitung

Nr. 81

Freitag, den 22. März 1946

20 Pfg.

Persien erhebt Protest bei der UNO.

Spaniens Antwort an USA.

Madrid, 19. März. In einer umfangreichen Note wies die spanische Regierung den amerikanischen Vorwurf zurück, während des Krieges durch Zusammenarbeit mit Deutschland die Neutralität gebrochen zu haben. Das Dokument, das dem amerikanischen Geschäftsträger in Madrid übergeben wurde, stellt die Antwort auf ein Weißbuch der amerikanischen Regierung dar, dessen Inhalt das Außenministerium der Vereinigten Staaten am 4. März bekanntgegeben hatte.

Die spanische Antwortnote vertritt die Ansicht, daß die veröffentlichten Dokumente das Gegenteil von dem beweisen, was sie nach den amerikanischen Absichten darlegen sollten. „Spanien hat zu allen Zeiten während des Bürgerkrieges und während des Weltkrieges seine Unabhängigkeit anrechterhalten und im Kriege trotz Drucks der Achsenmächte seine Verpflichtungen gewissenhaft erfüllt“, faßt die spanische Note das Ergebnis ihrer Beweisführung zusammen.

Von den 15 Dokumenten, die das amerikanische Weißbuch enthielt, werden 13 von der spanischen Regierung als unehrlich zurückgewiesen, weil sie sich auf eine Zeit beziehen, in der Amerika noch nicht am Kriege teilnahm. Nur England könne, heißt es in der Note, von neutralen Ländern Aufklärung über ihre Haltung während dieser Zeit verlangen.

„Spanien trat nicht in den Krieg ein, obwohl die Achsenmächte den Kriegseintritt Spaniens zu erzwingen suchten. Zunächst verzögerte General Franco die Entscheidungen, und später wies er alle Forderungen glatt zurück“, heißt es in einer zusammenfassenden Erklärung der Antwortnote.

England und USA. an Frankreich

Paris, 19. März. In einer Unterredung mit dem französischen Außenminister Bidault übermittelte die britische Botschafterin in Paris der französischen Regierung die Antwort Englands auf den französischen Vorschlag, die spanische Frage durch einen Schritt Großbritanniens, Amerikas und Frankreichs vor den Sicherheitsrat der UNO zu bringen. Die britische Regierung lehnt einen derartigen Appell an die UNO ab.

Für die britische Entscheidung sind, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, folgende Punkte maßgebend gewesen:

Großbritannien hält die Frage der spanischen Regierungsbildung für eine innere Angelegenheit Spaniens. Eine Einmischung würde nach englischer Ansicht einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen.

Auch gewisse andere Mächte arbeiteten während des Krieges mit den Achsenmächten zusammen, und ihre inneren Angelegenheiten werden nicht zur Debatte gestellt.

Die Lage in Spanien ist nach englischer Auffassung keine Gefahr für den Frieden.

Es erscheint zweifelhaft, daß die von der französischen Regierung vorgeschlagenen wirtschaftlichen Sanktionen wirkungsvoll sein werden.

Der amerikanische Außenminister James Byrnes teilte der französischen Regierung mit, daß die Vereinigten Staaten die französischen Vorschläge, die Spanienfrage vor den Sicherheitsrat der UNO zu bringen, nicht unterstützen würden.

Jugoslawische Stellungnahme

Belgrad, 20. März. Der stellvertretende Ministerpräsident von Jugoslawien, Kardelj, erklärte in einer Begrüßungsansprache an den Kongreß der ehemaligen Kämpfer der Internationalen Brigade, die für die Republikaner in Spanien eintraten, daß das Regime General Francos eine Gefahr für den Frieden der Nationen darstelle. Das neue Jugoslawien, erklärte Kardelj, halte es für seine Pflicht, die diplomatischen Beziehungen zu Franco-Spanien abzubrechen und hoffe, daß die Vereinten Nationen Maßnahmen ergreifen würden, um Franco zu stürzen.

Mukden wird Hauptquartier

Tschungking, 18. März. Über hundert Stabsoffiziere aus der Umgebung Generalissimus' Tschang-Kaischek trafen in der mandschurischen Stadt Mukden ein, um dort das Hauptquartier für die chinesischen Truppen einzurichten.

Unmittelbar im Anschluß an die Zurückziehung der sowjetischen Truppen haben chinesische Kommunisten die Städte Tieling, Kaiyuan und Changtu besetzt. Die genannten Städte liegen ungefähr 30, 40 bzw. 60 Meilen nordöstlich Mukdens.

Tschungking, 20. März. Anzeichen für die Räumung von Tschangschun, der mandschurischen Hauptstadt, liegen nach Mitteilungen der chinesischen Zentralnachrichtenstelle vor. Die Stadtbehörden in Tschangschun erhielten Auforderung, die bisher von den Sowjettruppen besetzten Gebäude zu übernehmen.

Smuts für europäische Union

Kapstadt, 20. März. General Smuts erklärte während einer Parlamentsdebatte in Kapstadt, die Entwicklung einer europäischen Union nach panamerikanischem Muster sei unausbleiblich.

Nur die Anerkennung der Charta der Vereinten Nationen und die Schaffung einer europäischen Union im Rahmen der UNO könne die Rehabilitation des europäischen Kontinents herbeiführen. Der Erdteil sei verloren, wenn er sich nicht zu dieser Einigung zusammenfände.

Gegen die Einmischung der Sowjets

EINEN PROTEST gegen das Vorgehen der Sowjetunion in Persien hat der persische Botschafter Hussein Ala auf Grund entsprechender Anweisungen aus Teheran beim Sekretariat der UNO. eingereicht.

Der Protest, der am späten Abend des Montag dem Generalsekretär der UNO, Trygve Lie, in Washington direkt zugestellt wurde, bezieht sich, wie verlautet, nicht nur auf den Bruch des englisch-sowjetisch-persischen Vertrages, wonach Persien spätestens am 2. März von den alliierten Truppen geräumt sein sollte, sondern auch auf die Einmischung der Sowjetunion in die inneren Angelegenheiten Persiens.

In diplomatischen Kreisen Washingtons hat man den persischen Schritt mit Befriedigung aufgenommen, da dadurch die Unsicherheit, die in den letzten beiden Tagen über die Festigkeit des Regimes des Ministerpräsidenten Ghyam Sultaneh herrschte, beseitigt worden ist. Falls der persische Protestschritt gegen die Sowjetunion nicht erfolgt wäre, hätte die Regierung der Vereinigten Staaten eine entsprechende Aktion bei der UNO. unternommen. Eine Antwort Moskaus auf die Anfrage der amerikanischen Regierung wegen weiteren Verbleibens sowjetischer Truppen in Persien ist, wie der Sprecher des Staatsdepartements mitteilte, immer noch nicht eingetroffen.

In dem durch den persischen Botschafter in Washington an den Vorsitzenden des Welticherheitsrates gerichteten Brief wird erklärt: „Persien lenkt die Aufmerksamkeit des Welticherheitsrates auf den Streit zwischen Persien und der Sowjetunion, der, wenn er anhält, den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit gefährdet.“

Geheimsitzung in Teheran

Teheran, 19. März. Der Sprecher der persischen Regierung gab am Dienstag bekannt: „Das Kabinett trat in der vergangenen Nacht zusammen, aber die Erörterungen können nicht öffentlich bekanntgegeben werden. Der neue

Sowjetbotschafter (Iwan Sadschikow) wird in 24 Stunden in Teheran erwartet, aber er muß erst sein Beglaubigungsschreiben überreichen, bevor er mit der persischen Regierung Fühlung aufnehmen kann.“

Der Wortlaut der Protestnote

Washington, 20. März. Der Text der Note, die die persische Regierung wegen ihrer Differenzen mit der Sowjetunion an die UNO. gesandt hat, wurde vom USA-Staatsdepartement in der Nacht zum Mittwoch veröffentlicht. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Unter Bezugnahme auf Artikel 85 § 1 der Charta der Vereinten Nationen lenkt Iran die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrates auf einen Streitfall zwischen Iran und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dessen Fortbestehen geeignet ist, die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu gefährden.“

Der Streit geht auf die neuen Entwicklungen seit der Annahme der Entscheidung vom 30. Januar 1946 durch den Sicherheitsrat zurück, die sich auf eine vorhergehende Differenz zwischen Iran und der Sowjetunion wegen der Unterhaltung von Sowjettruppen auf iranischem Gebiet nach dem 2. März 1946, im Gegensatz zu den ausdrücklichen Bestimmungen des Artikels 5 des Dreimächtepaktes vom 29. Januar 1942 bezog. Weiterhin fährt die Sowjetunion fort, sich mit Hilfe von Agenten, Beamten und bewaffneten Streitkräften in die inneren Angelegenheiten Irans einzumischen. Diese Handlungen verletzen den vorgenannten Vertrag und ebenso die Erklärung von Teheran und die Charta der Vereinten Nationen. Eine sofortige und gerechte Lösung dieses Streitfalles durch den Sicherheitsrat ist von größter Bedeutung für die Erhaltung

Göring muß Farbe bekennen

Nürnberg, 18. März. Heute, genau zur Mittagsstunde des 84. Verhandlungstages, richtete sich der Angeklagte Hermann Göring plötzlich im Zeugenstand des Nürnberger Gerichtssaales auf, rückte die Kopfhörer zurecht, warf einen letzten Blick zu seinen zwanzig Mitangeklagten hinüber und nahm die Haltung eines sprunghaftem Tieres an, das sich zum Kampf stellt.

Das geschah in dem Augenblick, als der Vorsitzende Lord Justice Lawrence mit unbewegter Stimme gefragt hatte: „Wünscht der Hauptanklagevertreter jetzt Fragen an den Zeugen zu stellen?“

Für Göring, der seit Mittwoch ausgiebige Gelegenheit gehabt hatte, seine eigene Darstellung der inneren Geschichte des Dritten Reiches zu geben, ohne von dem Gericht auch nur einmal ernsthaft unterbrochen zu werden, begann der wirkliche Kampf, der Kampf mit der Anklagebehörde.

Jetzt feuerte der Oberrichter Jackson, der Hauptanklagevertreter seine Fragen auf ihn ab. Sie kamen scharf, pointiert und zielsicher.

„Sind Sie sich darüber klar, daß Sie der einzige lebende Mensch sind, der so genau mit allen Einzelheiten des Dritten Reiches vertraut ist, wie kein anderer?“

„Ja, wohl, ich bin mir dessen bewußt“, antwortete Göring. Dann begann er im Schnellfeuer der Fragen seine Antworten zu geben.

Jawohl, der Nationalsozialismus habe die parlamentarische Demokratie abgeschafft, weil sie nicht länger notwendig gewesen sei. Opposition habe man nicht geduldet.

„Und um die von ihnen für überflüssig erachtete Opposition zu unterdrücken, führten sie sofort nach der Machtergreifung das System der Gestapo und Konzentrationslager ein?“

Göring bejahte die Frage.

Röhm durch Gestapo hingerichtet

Ob die Nationalsozialisten nach der Machtergreifung sofort eigene Kampforganisationen schufen, deren Aufgabe es z. B. gewesen sei, Gegner zu ermorden, wie im Falle von Röhm in der „Nacht der langen Messer“ im Juni 1934, fragte der Ankläger weiter.

Göring: „Genau wie in anderen Ländern — Secret Service oder wie sie es nennen wollen.“ Röhm sei durch Polizei hingerichtet worden, also durch ein Staatsorgan. Auf weiteres Befragen gab Göring zu, die Hinrichtung sei durch die Gestapo vollzogen worden.

„Sie halten die Form der Regierung mit Gestapo, Konzentrationslager usw. für die einzige in Deutschland mögliche Regierungsform?“ fragte Ankläger Jackson.

Göring wich aus. Gestapo und Konzentrationslager seien nicht die Fundamente des Nationalsozialistischen Staates gewesen.

Im Laufe der Verhandlung machte Göring dann die Mitteilung, daß er schon vor der Machtergreifung dem Führer einen persönlichen Eid geleistet habe. Er habe ihm mit Handschlag versichert: „Ich verbinde mein Schicksal auf Geduld und Verdrerb mit Ihnen, und dabei nehme ich auch meinen Kopf mit an.“

Oberrichter Jackson wollte dann wissen, zu welchem Zeitpunkt Göring den Krieg als verloren betrachtet habe. — Göring nannte das Datum 12. Januar 1945. Zu diesem Zeitpunkt hätten die

Russen die Oder erreicht, und es sei im Westen klar gewesen, daß die Ardennen-Offensive nicht „durchgeschlagen“ hätte. Eine Beendigung des Krieges sei aber nicht möglich gewesen, da die Gegner Deutschlands auf bedingungsloser Kapitulation bestanden. „Selbst, wenn der Führer zu dieser Zeit getötet worden wäre“, sagte Göring, „und wenn ich dann an die Führung gelangt wäre, dann hätte auch ich den Kampf fortgesetzt.“

Auf die Frage, warum er dann die Angriffe auf England mit V 1 und V 2 noch fortgesetzt habe, gab Göring an, daß er dies nur getan habe, um Vergeltung für die alliierten Luftangriffe auf Deutschland zu üben. „Ich bedaure nur“, erklärte er, „daß wir nicht mehr V 1 und V 2 gehabt haben.“

Er ist Hitler „treu“ geblieben

Der amerikanische Ankläger kam dann auf das Testament vom April 1945 zu sprechen, in dem Hitler niedergelegt, daß Himmler und Göring unendlichen Schaden angerichtet hätten, da sie die Macht an sich zu reißen versucht hätten.

Göring erklärte hierzu: „Es war ein unseliges Mißverständnis, das mich tief betrübt, daß der Führer glauben konnte, ich hätte ihm in seiner letzten Stunde die Treue brechen können.“ — Gleich darauf verzog sich Görings Gesicht zu einem breiten Grinsen, als der Ankläger die Frage des Reichstagsbrandes anschnitt.

„Nur ein Mensch ist dabei ums Leben gekommen“, beharrte Göring. „Das war der Brandstifter van der Lubbe.“

Die dem Gericht vorgelegten Aussagen, aus denen Görings Beteiligung am Reichstagsbrand hervorgeht, bezeichnete er als einen „Roman, den der frühere Kraftfahrer Röhm geschrieben hat.“

Ein anderes Mal grinst Göring mit Genugtuung zum Gerichtshof hinüber, als Lord Justice Lawrence gegen den amerikanischen Ankläger Stellung nahm, der Göring hindern wollte, eine längere Erklärung darüber abzugeben, warum es für Schutzhaftlinge kein Rechtsmittel gegeben hätte, um einem ordentlichen Richter vorgeführt zu werden.

Bormann ein „starker Mann“

„Es würde eine Menge Zeit sparen“, sagte der Ankläger, „wenn Sie die Fragen nur beantworten.“ Die Erklärungen dazu wird Ihr Anwalt geben.“

Lord Justice Lawrence unterbrach mit den Worten: „Der Gerichtshof ist der Ansicht, es sollte dem Angeklagten gestattet sein, eine Klärung abzugeben.“

Die folgenden Fragen des Anklägers bezogen sich auf den sogenannten Röhm-Putsch. Göring erklärte, er wisse nicht, wer nun persönlich Röhm erschossen habe, und er wisse auch nicht

(Fortsetzung auf Seite 8)

Die lokalen Nachrichten für die jeweilige Ausgabe und die Ausgabebezeichnungen erscheinen auf der sechsten Seite

guter Beziehungen mit der Sowjetunion, die Iran als ein unabhängiger und souveräner Staat aufrechtzuerhalten wünscht, und für den Bestand der Ziele und Grundsätze, die die Mitglieder der Vereinten Nationen zu achten feierlich sich verpflichtet haben.“

New York, 20. März. Der Welticherheitsrat, der am Montag seine New Yorker Tagung offiziell eröffnet wird, hat neben dem Persienfall bisher keine Hauptfrage auf dem Programm.

Auf dem Tagungsprogramm des Welticherheitsrates steht außer Persien der Mitgliedsantrag Albanien und die Aufstellung sowie Bestätigung von Verfahrensbestimmungen.

Eine Kommission von Sachverständigen aus elf Ländern beginnt am Mittwoch mit den Vorarbeiten und den Vorbesprechungen für die Tagung, an der elf Delegationen teilnehmen werden, zu denen 600 Personen gehören. Weitere 800 werden das Sekretariat bilden.

Der Generalsekretär der UNO, Trygve Lie, wird am Mittwoch in New York erwartet.

Ämtliche New Yorker Kreise erklären, daß als Leiter der britischen Delegation Sir Alexander Cadogan, der ständige Unterstaatssekretär des britischen Außenamtes, an den Verhandlungen über Persien teilnehmen wird.

Neuer Staatspräsident der Sowjetunion

Moskau, 20. März. Nach einer Amtszeit von 27 Jahren ist der Präsident der Sowjetunion Kallin in Folge Nachlassens des Augenlichtes von seinem Posten zurückgetreten. Auf einer gemeinsamen Sitzung des Obersten Rats der Sowjetunion und des Rates der Nationalitäten wurde Nikolai Shvernik zu seinem Nachfolger gewählt. Shvernik ist 68 Jahre alt und war seit Februar 1944 Vizepräsident der Sowjetunion.

Generalissimus Stalin wurde auf einer Vollversammlung der Kommunistischen Partei als Sekretär des Zentralkomitees bestätigt und zum Vorsitzenden des Ministerrats sowie zum Minister der bewaffneten Streitkräfte ernannt.

Molotow wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates und zum Außenminister des neuen sowjetischen Kabinetts ernannt.

Volkskommissare werden Minister

Moskau, 16. März. Auf der ersten gemeinsamen Sitzung der beiden neugewählten Obersten Sowjets, der Unions-Sowjets und des Nationalen-Sowjets, hat Generalissimus Stalin den Rücktritt des Rates der Volkskommissare an und wurde mit seiner Neubildung beauftragt.

Die Versammlung beschloß, den Rat der Volkskommissare künftig Rat der Minister zu benennen und die einzelnen Volkskommissare als Minister zu bezeichnen. Der bisherige Vorsitzende des Rates der Volkskommissare wird Vorsitzender des Rates der Minister heißen. In gleicher Weise werden die entsprechenden Ämter der autonomen Sowjetrepubliken umbenannt werden.

Spionagefall aufgedeckt

Ottawa, 19. März. Vor überfülltem Abgeordnetenhause gab der kanadische Ministerpräsident Mackenzie King Einzelheiten über den Spionagefall bekannt, in den kanadische Beamte und Angestellte der Sowjetbotschaft in Kanada verwickelt sind. Mackenzie King sprach die Überzeugung aus, daß die russische Regierung die Tätigkeit der Agenten in Kanada nicht decke. Verantwörtliche Kreise teilten die Ansicht nicht, daß die Beziehungen zu Rußland abgebrochen werden sollten, stellte der Ministerpräsident fest.

Die Aufdeckung des Spionagefalls gehe auf Mitteilungen des Chiffrier-Beamten Igor Gouzenko von der sowjetischen Botschaft in Ottawa zurück. Gouzenko berichtete kanadischen Regierungsbeamten, daß Rußland in Kanada eine Spionagezentrale eingerichtet habe, und daß sich ihre Tätigkeit gegen England und die Vereinigten Staaten richte.

Wie der Ministerpräsident weiter berichtete, hat er Stalin von den Vorgängen unterrichtet.

Bevin zur Heimfahrt polnischer Soldaten

London, 20. März. In einer Unterhauserklärung über die Haltung der britischen Regierung zur Frage der Rückkehr polnischer Soldaten, die im Kriege unter englischem Oberbefehl gekämpft haben, in ihre Heimat, sagte Außenminister Bevin: „Wenn diese Soldaten nach Polen zurückkehren, können sie sicher sein, daß die britische Regierung ihren Einfluß zur Erfüllung des Yalta-Abkommens und der Potsdamer Bestimmungen weiter ausüben wird.“

Jedes Mitglied der polnischen Streitkräfte habe am Mittwoch ein Dokument erhalten, in dem die Politik der britischen Regierung im Hinblick auf die Zukunft der polnischen Soldaten dargelegt wird.

Die britische Regierung habe die polnische provisorische Regierung aufgefordert, die Lebensbedingungen für die Rückkehr klar zu legen. Ein Übereinkommen sei zustande gekommen.

Außenminister Bevin stellte dann fest, daß das Bestehen der Warschauer Regierung auf der Auflösung der polnischen Streitkräfte unter britischem Oberbefehl die Bedingungen nicht beeinträchtigt, die in dem an die polnischen Soldaten verteilten Dokumente festgelegt sind. Wenn aber einige nicht heimkehren wollten, werde ihnen die britische Regierung in Zusammenarbeit mit anderen Regierungen die Möglichkeit geben, ein neues Leben zusammen mit ihren Familien zu beginnen.

London-Neuyork

Der Sicherheitsrat der UNO, der Organisation der Vereinten Nationen, tritt am Montag, dem 25. März, zu seiner zweiten Tagung zusammen. Statt der Central Hall in London ist jetzt das Empire State Gebäude, der höchste Wolkenkratzer der Welt, in Neuyork zum Tagungsort ausersehen, da der dauernde Sitz der UNO in der Gegend von Stanford-Greenwich, etwa 50 km nordöstlich von Neuyork, bei der Kürze der Zeit noch nicht hergerichtet werden konnte. Denn es sind ja erst fünf Wochen vergangen, seit der Vorsitzende der UNO-Tagung, der Belgier Spaak, in seinem Schlusswort das Ergebnis der Londoner Verhandlungen als „Gewähr weiterer künftiger Ausdehnung von Mißverständnissen und friedlichen Lösungen als eine Botschaft des Glaubens und der Hoffnung“ bezeichnete. Er hatte allen Grund dazu, so hoffnungsvoll zu sprechen, war es doch der ersten Tagung der UNO, wahrhaftig nicht leicht gemacht worden. Denn diesen vielseitigen und komplizierten Apparat fand sich gleich bei seinem ersten Zusammentreten vor eine Reihe von Aufgaben gestellt, die nicht so mir nichts dir nichts zu lösen waren, um so schwieriger zu lösen waren, als es für die UNO, und damit für den Sicherheitsrat keine Präzedenzfälle, keine Tradition gab, woran sie hätten anknüpfen können. Es klappte trotzdem, ein Beweis für den guten Willen und die Entschlossenheit der Staatslenker und Staatsmänner, das von Millionen Menschen in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.

Ob sie es gerechtfertigt haben? Diese Frage mag am besten eine kurze Übersicht über das Ergebnis der Londoner Verhandlungen des Sicherheitsrates beantworten. Nicht weniger als vier hart umstrittene politische Streitfragen: Persien, Griechenland, Indonesien, Syrien wurden behandelt.

Der persische Streit wegen der Nichtzurückziehung der russischen Truppen gemäß dem englisch-amerikanisch-persischen Vertrag von 1942 wurde auf den Weg unmittelbarer Verhandlungen zwischen Persien und Sowjetrußland verwiesen. Sie sind ergebnislos verlaufen. Daraufhin hat Persien wegen Bruchs des obengenannten Vertrages und wegen Einmischung der Sowjetunion in die inneren Angelegenheiten Persiens (Aserbeidschan) beim Sicherheitsrat protestiert, obwohl Moskau die Einlegung eines Protestes als einen „unfreundlichen Akt“ bezeichnet hatte. Diese Streitfrage wird also jetzt vor das Forum des Sicherheitsrates gebracht werden und wahrscheinlich die Meinungen von hüben und drüben scharf aufeinanderplatzen lassen.

Im Streit um die Anwesenheit britischer Truppen in Griechenland gaben sich nach scharfem Zusammenprall der englischen und russischen Auffassungen die Ringer die Hände und gingen, „hoffentlich befriedigt, auseinander.“

Im dritten Streitfall, die UNO, möge in den Konflikt in Indonesien eingreifen, gelang es, die Versammlung zu einer abwartenden Haltung zu bestimmen. Die Regelung wurde den bereits eingeleiteten und unmittelbaren Verhandlungen zwischen den Beteiligten überlassen. Damit ist schon etwas, vielleicht viel gewonnen.

Syrien und Libanon verlangten — das war der vierte und letzte Streitfall — die Zurückziehung der französischen und englischen Truppen aus ihren Gebieten. In lebhafter Aussprache bemühten sich verschiedene Staatenvertreter, eine für alle annehmbare Lösung zu finden. Schon schien alles so weit, als wie ein Blitz aus heiterem Himmel, der sowjetrussische Delegierte mit einem Hinweis auf Rußlands Vetorecht Einspruch erhob. Dagegen war nichts zu machen. Formell war Rußland dazu berechtigt. Die Frage war: Was nun? Da brachten Frankreich und England die Entscheidung, indem sie großartig erklärten, sie würden sich nach der Ansicht der Mehrheit des Sicherheitsrates richten, mit anderen Worten also: Die Truppen werden sobald als möglich zurückgezogen!

Wie man sieht, ist es nicht ohne Schwierigkeiten abgegangen, aber es ist gegangen. Das ist die Hauptsache. Die Meinungen prallten bismillen hart aufeinander, scharfe Redewort wurden ausgeföhrt, aber, und das ist das Bedeutende: Es geschah in aller Öffentlichkeit! Die Gepflogenheiten des Völkerbundes, nach denen das Wort „Geheim“ diplomatie besonders groß geschrieben wurde, haben im Sicherheitsrat keine Aufstellung feiern können. Die Bestimmungen „Hinter verschlossenen Türen“ und „Die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen“ sind im Wörterbuch der UNO nicht zu finden. Weil dem aber so ist, konnten die Schwierigkeiten, die wie düstere Wolken mehr denn einmal den Himmel des Rates verdunkelten, überwunden werden. Dieses Ergebnis der Tagung an der Themse ist ein gutes Vorzeichen für die Beratungen am Hudson.

Bidault zur Ruhrfrage

Paris, 20. März. Für eine absolute politische Trennung der Ruhr und des Rheinlandes vom übrigen Deutschland, aber keine gleichzeitige wirtschaftliche Lösung, sprach sich der französische Außenminister Bidault aus, als er den Wunsch Frankreichs nach einer Viermächte-Konferenz über die Zukunft Deutschlands wiederholte.

Mit dem Plan einer Viermächte-Konferenz haben sich Großbritannien und die USA bereits früher einverstanden erklärt.

„Unser Standpunkt auf die kürzeste Formel gebracht“, sagte der französische Außenminister, „läßt: Das Ruhrgebiet soll internationalisiert werden und das Rheinland unter ständiger alliierter Kontrolle bleiben. Das bedeutet absolute politische Trennung der Ruhr und des Rheinlandes vom übrigen Deutschland, aber natürlich keine wirtschaftliche Lösung.“

Die französische Regierung sieht unverändert auf dem Standpunkt, daß die deutsche Zentralverwaltung nicht ohne gleichzeitige Erörterung des künftigen Zustandes Deutschlands als Ganzes diskutiert werden könne.

Die Umstellung der Wirtschaft

Dr. Schweitzer zu den Problemen der Nachkriegsindustrie

Rheyl, 19. März. In die gegenwärtige Umstellungsphase der deutschen Nachkriegswirtschaft vermittelte ein Vortrag des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer München-Gladbach Dr. Theodor Schweitzer einen wichtigen Einblick. Im Mittelpunkt aller Erwägungen stehe die Lösung der zeitbedingten wirtschaftlichen Probleme, wie zwischen gesteuertem Wirtschaft — die unter den gegebenen Verhältnissen unvermeidbar sei — und lebendiger Unternehmerinitiative eine der Gesamtwirtschaft dienende Synthese gefunden werden könne.

Faktoren für den Wiederaufbau

Die Industrieproduktion halte sich in bescheidenen Grenzen. In auffallendem Gegensatz zu der Beschäftigtenzahl der Betriebe stehe die niedrige Kapazitätsausnutzung. Die Unternehmen lebten von den Resten der noch verbliebenen Substanz. Die Steigerung der Verbrauchsgüterindustrie, Verbreiterung der Veredelungsindustrie und die industriellen Ergänzungen zur Beseitigung der Engpässe seien entscheidende Faktoren für den Wiederaufbau der Industriewirtschaft.

Die Aufgabe des Handels

Angesichts der nahezu unerschöpflichen Nachfrage nach Waren müsse der Handel wieder seine wohlhabendsten Verteilerrolle übernehmen und ihr ein hohes Maß spezifisch unternehmerischen Charakters hinzufügen. Die ständige Zunahme von Kompensationsgeschäften wirke hemmend auf die volkswirtschaftlich notwendige Warenverteilung, und das habe Fehlleitungen beim Absatz und besorgniserregende Beeinträchtigungen des Warenabflusses zur Folge. Lohnintensive Spezialitäten und aktiver Lohnveredelungsverkehr seien ausschlaggebende Anstoßmomente für einen künftigen Außenhandel, um das Existenzminimum der Bevölkerung zu sichern.

Zonengeschäftsstelle für das Versicherungswesen

Hamburg, 18. März. Die Errichtung einer Zonen-Geschäftsstelle des Reichsaufsichtsamtes für das Versicherungswesen wurde in der Verordnung Nr. 23 der britischen Militärregierung bekanntgegeben.

Die Verordnung hat folgenden Wortlaut: Um eine Beaufsichtigung aller privaten Versicherungsunternehmen innerhalb des britischen Kontrollgebietes Deutschlands in die Wege zu leiten, wird folgendes verordnet:

Zur Überwachung aller privaten Versicherungsgeschäfte innerhalb des britischen Kontrollgebietes wird eine Zonengeschäftsstelle des Reichsaufsichtsamtes für das Versicherungswesen — künftige „Zonen-Geschäftsstelle“ genannt — geschaffen. Sitz dieser Geschäftsstelle wird Hamburg sein, wenn die Militärregierung nichts anderes bestimmt.

Das Personal der Zonen-Geschäftsstelle besteht aus Personen, die von Zeit zu Zeit durch die Militärregierung ernannt werden. Das Personal ist an Weisungen und Bedingungen gebunden, die durch die Militärregierung herausgegeben werden. Die Mitglieder des Personals können jederzeit durch die Militärregierung entlassen werden.

Die Zonen-Geschäftsstelle übernimmt die Aufgaben des Reichsaufsichtsamtes für das Versicherungswesen innerhalb des britischen Kontrollgebietes. Sie hat dabei die Befehle und Anweisungen der Militärregierung zu beachten. Die Bestimmungen des bestehenden deutschen Rechts sind soweit zu befolgen, als die Bestimmungen anwendbar und nicht durch die von Zeit zu Zeit der Militärregierung erteilten oder in deren Namen herausgegebenen Gesetze, Verordnungen oder Anweisungen abgeändert bzw. ausdrücklich oder stillschweigend aufgehoben sind.

Die Zonen-Geschäftsstelle können andere Vollmachten übertragen werden, und sie kann solche Aufgaben durchführen und Verpflichtungen übernehmen, die von Zeit zu Zeit durch die Militärregierung bestimmt werden.

Anordnungen und Anweisungen können von der Zonen-Geschäftsstelle im Rahmen ihrer Befugnisse gegeben werden. Solche Anordnungen und Anweisungen bedürfen vor ihrer Herausgabe der Genehmigung durch die Militärregierung. Sie sind nach der Genehmigung Herausgabe für alle betreffenden Personen verbindlich.

Die Kosten für die Unterhaltung der Zonen-Geschäftsstelle werden durch Gebühren der beaufsichtigten Unternehmen in Übereinstimmung mit dem Paragraph 101 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 5. Juni 1931 — RGBI. 315 — gedeckt.

Die Befugnisse der Zonen-Geschäftsstelle erstrecken sich nicht auf das Gebiet der Sozialversicherung.

Diese Verordnung tritt am 5. März 1946 in Kraft.

Waggonbedarf wieder gedeckt

Hamburg, 19. März. Die Verkehrsschwierigkeiten hatten bisher die Leistungen des Reichsbahns beeinträchtigt, aber die Lage hat sich nun stark verbessert. Die Reichsbahn Generaldirektion der britischen Zone ist in der letzten Zeit in der Lage gewesen, den gesamten Waggonbedarf für den gegenwärtigen zugelassenen Verkehr zu decken.

Dank der günstigen Waggongestellungen konnte nicht nur die laufende Förderung an Ruhrkohle, sondern auch ein erheblicher Teil der Haldenbestände abgefahren werden.

Nicht zuletzt ist die Besserung in der Waggongestellung auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Zahl der stillgelegten Waggonen seit Mitte Oktober 1945 ständig zurückgegangen ist. Die Zahl der in Betrieb befindlichen Güterwaggonen hat sich um etwa 18 000 erhöht. Die von den Werkstätten fertiggestellten Reparaturen überschreiten die Zahl der eingehenden ausbesserungsbedürftigen Waggonen, so daß Rückstände aufgeholt werden konnten.

Kontrolle der Fahrtenbücher

Hamburg, 20. März. Alle Eigentümer und Fahrer von Motorfahrzeugen mit Ausnahme von Autobussen müssen ein Fahrtenbuch führen, in das täglich alle Fahrten und der Brennstoffverbrauch einzutragen sind. Die Fahrtenbücher müssen von Zeit zu Zeit den zuständigen Fahrbereitschaftsleitern zur Kontrolle vorgelegt werden, die sie für eine gewisse Zeit einbehalten. Für diese Zeitspanne müssen die Eigentümer der Fahrzeuge ein Duplikat des Fahrtenbuches führen, um ihre Fahrzeuge benutzen zu können. Aus diesem Grunde sollen mit dem 1. April beginnend die Fahrtenbücher zur Prüfung eingereicht und Duplikate dafür ausgegeben werden. Später sollen die Fahrtenbücher und die Duplikate dann wechselseitig benutzt werden.

Die zuständigen örtlichen Beamten werden die Fahrtenbücher davon benachrichtigen, wann sie ihr Fahrtenbuch zur Prüfung vorlegen müssen.

Der Preis des Fahrtenbuches ist vom 1. April 1946 auf 5 Mark herabgesetzt. Infolgedessen erhalten die Personen, die ihr Fahrtenbuch mit 10 Mark bezahlt haben, das Duplikatbuch frei.

Zum Währungsproblem führte Dr. Schweitzer aus, daß neben den Maßnahmen einer Zurückführung des überhöhten Notenumschlages Produktivität, Vielseitigkeit und Beweglichkeit der Wirtschaft durch Zusammenfassung aller Faktoren eine intensive Steigerung der Gütererzeugung begründen und damit zu einer Lösung dieser wichtigen Fragen beitragen könnten.

Parteitag des Zentrums

Der aus allen Teilen der britischen Zone beschickte erste Parteitag der Deutschen Zentrumspartei fand am 9. und 10. März in Essen-Steele statt.

Zum Parteitag wurde Oberstudiendirektor Dr. Wilhelm Hamacher, Trossdorf, zu Stellvertreter Ministerialdirektor a. D. Dr. Spiecker, Essen, und Helene Wessel, Dortmund, zu Beisitzern im Direktorium Handelskammerpräsident Dr. Steffensmeier, Essen, Generalreferent Dr. Stricker, Münster, Generalreferent Schulrat Brockmann, Rinkeroide, und Bergmann Petersburg, Essen, einstimmig gewählt. Der Hauptvorstand wurde aus 30 Vertretern aller Stände und Gebiete aus beiden christlichen Bekenntnissen gebildet, wobei der Arbeiterschaft, der Jugend und den Ostflüchtlingen hervorragender Platz eingeräumt wurde.

In den Entschließungen anerkannte der Parteitag die Verpflichtung Deutschlands, zur Sicherung des Friedens jeden sinnvollen und zweckmäßigen Beitrag zu leisten, der aber nur dann wirksam sein könne, wenn das Reich als lebensfähiges Ganzes erhalten bleibe.

Das Zentrum anerkennt die Verpflichtung des ganzen deutschen Volkes, das vom Naziregime begangene Unrecht nach besten Kräften wieder gut zu machen, kann aber eine Kollektivschuld an den von diesem Regime begangenen Verbrechen nicht anerkennen. Die Partei setzt sich für bekennnisfähige Gestaltung der Schulen und der Lehrerbildung ein.

Alle Bestrebungen zur Zersplitterung der Einheitsgewerkschaft wurden abgelehnt. Durch schnelle und individuelle Prüfung sollen alle Personen aus öffentlichen Ämtern, der Wirtschaft und freien Berufen ausgeschaltet werden, die durch positive Förderung des Nationalsozialismus in den Sattel gehoben oder ihn getragen haben.

Eine besondere Entschließung fordert die Fürsorge für die besitz- und heimatlosen Ostflüchtlinge, sowie ein nachträgliches Eintreten bei den in Frage kommenden Stellen für die baldige Rückkehr unserer Kriegsgefangenen.

Kardinal Graf v. Galen erkrankt

Oelde, 20. März. Wie die NWZ durch das Franziskus-Hospital in Münster erfährt, ist der Gesundheitszustand des Kardinals, der an einer Bauchfellentzündung mit Darmblutung erkrankte, nach der regelrecht verlaufenen Operation weiterhin sehr ernst.

Untersuchungsausschuß Grimberg

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen hat im Einvernehmen mit der Militärregierung einen Ausschuß eingesetzt, der die Aufgabe hat, die Ursachen des Grubenunfalls auf der Schachtanlage Grimberg bei Kamen zu erforschen und Vorschläge zur künftigen Verhütung solcher Vorkommnisse zu machen. Der Ausschuß besteht aus sieben Sachverständigen.

Man nimmt an, daß die Ermittlungen noch etwa drei Wochen dauern.

KURZNACHRICHTEN

Washington, 19. März. Etwa elf Prozent ihrer Lebensmittelerzeugung dürften die Vereinigten Staaten im laufenden Jahr nach einer Angabe des Landwirtschaftsministeriums exportieren.

Washington, 19. März. Für eine etwaige Verschiebung der Friedenskonferenz in Paris, die im Mai stattfinden soll, liegt kein Vorschlag vor, erklärte der USA-Staatssekretär James F. Byrnes.

Tokio, 19. März. Das alliierte Hauptquartier hat der japanischen Regierung die Wiederaufnahme eines begrenzten Exports erlaubt.

London, 19. März. Als Nachfolger von Feldmarschall Montgomery wird Generalleutnant Sir Richard McCreery den Oberbefehl über die britische Rheinarmee übernehmen. Seine Ernennung als Oberbefehlshaber der Rheinarmee soll im Sommer erfolgen.

Dublin, 18. März. Englands korrekte Haltung gegenüber Irland während des Krieges hat die Beziehungen zwischen beiden Ländern gebessert, erklärte der irische Ministerpräsident de Valera. Aber die Trennung Nordirlands vom Mutterlande stelle eine Verstärkung des Staates dar und stehe jeder wahren Verständigung mit England im Wege.

Brüssel, 20. März. Die Abstimmung über das Vertrauensvotum, das am Mittwoch durch Ministerpräsident Spaak für die neue belgische Regierung von der Abgeordnetenkammer gefordert wurde, endete mit einem Unentschieden. 90 Abgeordnete stimmten für und 90 gegen die Regierung.

Paris, 18. März. In Paris begann der Prozeß gegen den Pariser Arzt Dr. Marcel Petiot, dem die Anklage 27 Morde vorwirft und der selbst in der Voruntersuchung 63 zugegeben haben soll.

Wien, 19. März. Die österreichische Bundesregierung wurde vom Alliierten Kontrollrat offiziell davon in Kenntnis gesetzt, daß die diplomatische Beziehungen zu allen Ländern mit Ausnahme von Deutschland und Japan aufnehmen dürfe.

Wien, 18. März. Der österreichische Bundespräsident Dr. Renner schlug die Schaffung einer internationalen Freizone in Triest vor. Für den italienischen Handelsverkehr mit Südost-Europa würde Österreich eine Freizone an der Donau zur Verfügung stellen.

Berlin, 19. März. Die Berliner Zeitung „Nachtreißer“ wurde für einen Tag verboten und mit 200 000 RM bestraft, weil sie zwei Mitteilungen über den Sowjetmarschall Schukow veröffentlichte, die sich lediglich auf Gerüchte stützten.

Berlin, 18. März. Die erste Gruppe von Polen, traf jetzt in dem Gebiet des früheren polnischen Korridors aus Rußland ein, wo sie den Landbesitz der aus Polen ausgewiesenen Deutschen übernehmen. Insgesamt sollen 260 000 Polen im ehemaligen Korridor angesiedelt werden.

UNRRA-Lieferungen nach Europa

Washington, 20. März. Einen Überblick über die Lieferungen der UNRRA an die bedürftigen Länder der Vereinten Nationen im Februar gab der UNRRA-Generaldirektor Herbert Lehman in Washington.

Danach wurden insgesamt 1 239 400 Tonnen UNRRA-Güter nach Europa und China verschifft. Es erhielten: Albanien 6000 Tonnen, Österreich 8200 Tonnen, Weiß-Rußland 10 000 Tonnen, China 113 400 Tonnen, die Tschecho-Slowakei 78 700 Tonnen, die Dodekanes-Inseln 3700 Tonnen, Griechenland 119 700 Tonnen, Italien 653 200 Tonnen, Polen 104 000 Tonnen, die Ukraine 25 000 Tonnen und Jugoslawien 114 000 Tonnen.

Während bis Ende Januar beinahe drei Viertel aller UNRRA-Lieferungen aus Nahrungsmitteln bestanden, ist der Anteil der Lebensmittel bei der Februar-Lieferung sehr stark zurückgegangen.

Für Erhöhung der Rationen

London, 19. März. Rationen im Werte von 1000 Kalorien sind gefährlich niedrig, erklärte Staatsminister Hynd bei der Debatte über die deutsche Ernährungslage im britischen Unterhaus. Er fügte jedoch hinzu, daß die verringerte Lebensmittellieferung nur für Nicht-Handarbeiter Anwendung finde.

In der Debatte vorher hatte ein Abgeordneter der Arbeiterpartei vorgeschlagen, die Übertragung der örtlichen Verwaltung an Deutsche schneller als bisher durchzuführen und geeignete deutsche Kriegsgefangene so schnell wie möglich nach Deutschland zurückzuschicken.

Ein anderer Abgeordneter der Arbeiterpartei erklärte, die britische Verwaltung müsse danach streben, die Rationen in Deutschland wieder auf mindestens 1500 Kalorien pro Tag zu erhöhen.

Zur Ausrichtung Österreichs

Wien, 20. März. Zu der Frage „Österreich-West- oder Ostorientierung“ nahm der österreichische Bundespräsident Dr. Renner Stellung. Er betonte, daß Österreich auf Grund seiner geographischen Lage, seiner Geschichte und seiner Eigenschaft als Kreuzungspunkt mehrerer Kulturen Vermittler zwischen Ost und West sein müsse und sich weder an den Osten noch an den Westen binden sollte. Vielmehr müsse es sich der Organisation der Vereinten Nationen zuwenden.

Den Gedanken der Vereinigten Staaten von Europa bezeichnete Dr. Renner als überholt und als Utopie.

Grazer „Neue Zeit“ verboten

Wien, 19. März. Der Alliierte Kontrollrat für Österreich hat die in Graz erscheinende Sozialistische Tageszeitung „Neue Zeit“ verboten. Das Blatt hatte kürzlich einen Artikel veröffentlicht, in dem die sowjetrussische Politik im Jahre 1939, dem Jahre des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes, angegriffen wurde.

Das ist innerhalb eines Monats das dritte von den alliierten Behörden ausgesprochene Zeitungsverbot in Österreich.

Rückkehr jugoslawischer Staatsbürger

Das Innenministerium der föderativen Republik Jugoslawien hat in Übereinstimmung mit dem nationalen Verteidigungsministerium die Entscheidung vom 1. Januar 1946 abgeändert, wonach die Wiedereinbürgerung jugoslawischer Staatsbürger aus Deutschland, Schweden, Norwegen und Dänemark beendet sei. Das Ministerium hat die Frist bis zum 16. April 1946 verlängert.

Alle jugoslawischen Staatsbürger, die nach dem 16. April ohne Genehmigung der bevollmächtigten jugoslawischen Gesandtschaften oder Konsulate noch im Ausland verbleiben, werden nicht mehr als jugoslawische Staatsbürger betrachtet.

Hamburg, 19. März. Eine Einladung zu der am 1. April in Stuttgart stattfindenden nächsten Tagung der Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone haben die amerikanischen Behörden den Oberpräsidenten der britischen Zone übermittelt. Die Einladung wurde angenommen.

Hamburg, 19. März. Die Kohlenförderung in der britischen Zone Deutschlands hat in der vergangenen Woche wieder eine Neigung zur Stabilität gezeigt, nachdem die Kürzung der Lebensmittellieferungen einen Rückgang von zehn Prozent zur unmittelbaren Folge gehabt hatte.

Hamburg, 20. März. Selbstversorger werden mit dem Beginn der 87. Zuteilungsperiode 6,5 Kilogramm Getreide anstatt bisher 9 Kilogramm erhalten. Das bedeutet eine Kürzung der Brotration von 11 auf 8 Kilogramm Brot je Zuteilungsperiode.

Oldenburg, 18. März. Der frühere Ministerialdirekt im Propagandaministerium Werner Stephan wurde auf Veranlassung der Militärregierung verhaftet. Gleichzeitig wurde der Vizepräsident der „Freien Demokratischen Partei“, Theodor Tanten, festgenommen.

Dortmund, 20. März. Als Sprachrohr der Sozialdemokratie in Dortmund erschien am 20. März zum erstenmal die „Westfälische Rundschau“. Damit erhielt das westfälische Ruhrgebiet seine erste deutsche Lizenzzeitung, während gleichzeitig die bisher von der britischen Militärregierung herausgegebene „Ruhrzeitung“ ihr Erscheinen einstellte.

Nordwestdeutscher Rundfunk

Nachrichten tägl. 6.45, 9.00, 13.00, 19.00, 21.45 Uhr.
Sonntag, 24. März. 6.30: Morgenmelodien. 6.45: Wettervorhersage. 9.15: Stunde der Besinnung. 10.00: Kammermusik. 12.15: Landfunk. 14.00: Gartengut. 14.30: Kinderfunk. 15.00: Sinfoniekonzert. 18.00: Jugend heute und morgen. 20.00: Operettenkonzert. 22.05: Sport. 22.15: Lebendige Weltliteratur. 22.30: Tanzmusik.
Montag, 25. März. 6.30: Morgenmelodien. 6.45: Wettervorhersage. 8.30: Wasserstandsmeldungen. 9.15: Schulfunk. 12.15: Landfunk. 12.30: Musik. 16.30: Sinfoniekonzert. 17.00: Wissen und Fortschritt. 17.45: Das gute Buch. 18.00: Streiflichter der Zeit. 19.40: Unser Hausarzt. 20.15: Urfaust. 22.00: Tanzmusik.
Dienstag, 26. März. 6.30: Morgenmelodien. 6.45: Wettervorhersage. 8.30: Wasserstandsmeldungen. 9.15: Schulfunk. 12.15: Landfunk. 12.30: Tanzmusik. 14.00: Deutsche Presseschau. 16.30: Sinfoniekonzert. 17.00: Filmplatz. 17.45: Das gute Buch. 19.40: Unsere Hausärztin. 20.15: Die Frau. 20.15: Opernkonzert. 22.00: Tanzmusik.

Druck: Verlag der Neuen Westfälischen Zeitung
Oelde 475 968, Bielefeld 415 276;
Gesamtauflage 891 242.

Gör.

(Fortsetzung von Seite 1)
die genaue Zahl der Verurteilten wurden.

Welche Personen der Anklagebank auf Hitler gehalt Jackson, Göring erwiderte, dem sehr begrenzten, eine starke Macht aufzuring erklärte: „Dann dem 20. Juli 1944 wußte ich, das Mißtrauen nicht mit dem Parteipersonal gesehen werden konnte.“

Göring erklärte dem geringsten Zweifel, daß er nicht die Anklagebank auf sich selbst. Er nähme auch dann an, während der Verneinung der Anklagebank auf „Göring“ gemacht es sich dort, mit stellung, in derselben Hanst einzunehmen pflicht. Vor Beginn des Verhörs stand Göring weiter übrigen Angeklagten R.

Nürnberg, 19. März. strielle Dahlerus, von Entlastungszeugen nach am 85. Verhandlungstag über seine Versuche, die Verhinderung, im Nürnberg sagen. Seine Vernehmung tagsüber Göring durch Dahlerus, mittelgroß, schmalen, etwas verkniffen, aus dem Verhörs dem Druck bekannt, den er die am Vorabend des Deutschlands standen.

Der Führer und Reichspräsident, der zweite Mann im Zustand betrunkenen Bepentnis, der Außenminister, dächte, worden, ein Al-vermittler Dahlerus vor.

Weiterer Höhepunkt des Dahlerus war eine Erklärung, 1. September 1939 abgelehnt, Polen zerschmettern, ein Jahr kämpfen und wenn.

Da er der Meinung gewesen, daß sich die deutsche Stimmung der englischen schlo, habe er sich mit leuten am 20. Juli 1939 getroffen. „Ich erklärte: erstens ist das Vertrauensverhältnis ein Einmischungsgeheimnis, zweitens in England so, daß Aufforderung rief: weiter. Dritten kam, für Polen zu kämpfen, tens ein Eingriff in die Frage jetzt den Krieg, m.

„Göring erklärte mir, er alles, was in seiner um zur Verhinderung ein Er gab sein Ehrenwort mann, daß er, trotzdem der Welt kommandierte, Kampfe anzuführen, nicht. Er sei dann mit Göring Göring bei Hitler und ein für wirken würden, ein England, Frankreich, it über die polnische Frage Am 9. August 1939 wa

Auschwitz-Kampfer verhaftet

Hamburg, 19. März. D des Konzentrationslagers wurde vor wenigen Tagen umfassendes Geständnis Befehl Himmlers die W von zwei Millionen haben.

In der Zeit des deutschen Hoss verschwunden. Er in Plensburg festgenommen unter dem Namen Franz Hof arbeitete. Er sieht a nem Prozeß entgegen.

Am 1. Mai 1941 kam das er in ein Konzentrat für politische Häftlinge wandelte. Sein erster Admer, der später zum Kon ernannt und inzwischen länngericht zum Tode ver wurde.

Hoss gibt zu, daß die schenleben in der ganzen ger war, durchgeführt wurde 1943 wurden auf dies lichen Menschen umgabr

Kriegsverbre in Han

Hamburg, 18. März. 14 nen heute vor dem Ham urteilung von Kriegsverklage, haupt- und mitsch Häftlingen des Konzentra game zu sein. Der Wochen dauern.

Angeklagt sind: Der Adjant Max Pauli, sein Adj Lagerführer Anton Thuma Ärzte Dr. Bruno Kitt un sowie neun SS-Unterführ oder Kommandoführer ein der ehemalige SS-Unte Bahr, der als Zeuge im H abgab, mit Blausäuregas 2 en getötet zu haben, bef klagebank.

Görings Vermögensangabe: 50 Millionen

(Fortsetzung von Seite 1)

die genaue Zahl der Verhaftungen, die vorgenommen wurden. Welche Personen des Reiches außer ihm Einfluß auf Hitler gehabt hätten, fragte Ankläger Jackson. Göring erwiderte, daß im Anfang nach dem sehr begrenzten Einfluß von Heß Himmler eine starke Macht auf Hitler ausgeübt habe. Göring erklärte: „Dann kam Herr Bormann. Nach dem 20. Juli 1944 wurde sein Einfluß verhängnisvoll. Das Mißtrauen des Führers gegen alles und jeden wurde so groß, daß Bormann stündlich bei ihm war.“

Was das Programm der Partei anbelangte, fragte der Ankläger, sei es doch wohl so gewesen, daß es von Anfang an über die Abschaffung des Vertrages von Versailles hinaus die Erweiterung der deutschen Grenzen gefordert habe. Um das zu bekräftigen, verlas Richter Jackson Zitate aus „Mein Kampf“. Aber Göring erklärte, daß dieses Buch ein „öffentliches Buch“ sei, und daß es nicht mit dem Parteiprogramm als identisch angesehen werden könne.

Göring erklärte dem Gericht, er hätte nicht den geringsten Zweifel, daß Hitler und Goebbels tot seien. Er nähme auch den Tod von Martin Bormann an.

Während der Vernehmung rutschte Heß auf der Anklagebank auf Görings Platz hinüber und machte es sich dort, mit einem Arm über der Brust, in derselben Haltung bequem, die Göring sonst einzunehmen pflegt.

Vor Beginn des Verhörs durch den Hauptankläger stand Göring weiterhin den Verteidigern der übrigen Angeklagten Rede und Antwort.

Dahlerus über die Vorgeschichte des Krieges

Nürnberg, 19. März. Der schwedische Industrielle Dahlerus, von Görings Verteidigung als Enlastungszeuge nach Nürnberg gerufen, betrat am 18. Verhandlungstag den Zeugenstand, um über seine Versuche, den zweiten Weltkrieg zu verhindern, im Nürnberger Gerichtssaal auszusagen. Seine Vernehmung unterbrach das mehrstündige Verhör Görings durch die Anklagevertreter. Dahlerus, mittelgroß, mit kahlem Schädel und schmalen, etwas verkniffenen Augen, gab im Verlauf des Verhörs dem Gericht folgenden Eindruck bekannt, den er von den Männern hatte, die am Vorabend des Krieges an der Spitze Deutschlands standen.

Der Führer und Reichskanzler habe den Eindruck eines abnormen Menschen gemacht. Göring, der zweite Mann im Staate, sei wie in einem Zustand betrunkenen Berauschtseits gewesen. Ribbentrop, der Außenminister, sei von Göring verdächtigt worden, ein Attentat auf den Friedensvermittler Dahlerus vorbereitet zu haben.

Weiterer Höhepunkt der Aussagen des Zeugen Dahlerus war eine Erklärung, die Hitler am 1. September 1939 abgegeben habe: Ich werde Polen zerschmettern, ich werde zwei und drei Jahre kämpfen und wenn es not tut, zehn Jahre.

Da er der Meinung gewesen sei, so sagte Dahlerus, daß sich die deutsche Regierung über die Stimmung der englischen Bevölkerung völlig täusche, habe er sich mit 7 englischen Geschäftsleuten am 20. Juli 1939 mit Hermann Göring getroffen. „Ich erklärte“, so sagte Dahlerus aus, „erstens ist das Vertrauen in die deutsche Politik seit dem Einmarsch in die Tschechoslowakei erschüttert. Zweitens ist die öffentliche Meinung in England so, daß sie an Deutschland die Aufforderung richtet: Bis hierher und nicht weiter. Drittens ist England jetzt verpflichtet, für Polen zu kämpfen, und so bedeutet: Viertens ein Eingriff in die Danzig- und Korridor-Frage jetzt den Krieg mit England.“

„Göring erklärte mir“, fuhr Dahlerus fort, „daß er alles, was in seiner Macht stünde, tun werde, um zur Verhinderung eines Krieges beizutragen. Er gab sein Ehrenwort als Soldat und Staatsmann, daß er, trotzdem er die stärkste Luftwaffe der Welt kommandierte, der Versuchung, sie im Kampfe anzuwenden, nicht erliegen werde.“

Er sei dann mit Göring übereingekommen, daß Göring bei Hitler und er selbst in England dafür wirken würden, eine Konferenz zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland über die polnische Frage zustandezubringen.

Am 9. August 1939 war Dahlerus bei dem britischen Außenminister Halifax und setzte ihn von seinen Verhandlungen mit Göring in Kenntnis. Am 24. August bat Göring Dahlerus in Berlin, sofort nach London zu fliegen, um dort seinen, Görings Wunsch, zu unterbreiten, sich mit England zu einigen.

Gerade als Lord Halifax ihm am 26. erklärt hatte, daß die Verhandlungen des britischen Botschafters in Berlin günstig verliefen, rief Göring ihn von Berlin an und teilte ihm mit, die Situation habe sich wieder erheblich verschlechtert. Dahlerus begab sich wieder zu Lord Halifax, setzte ihn von dieser Erklärung in Kenntnis und übermittelte einen Wunsch Görings, eine deutsch-englische Konferenz abzuhalten. Lord Halifax schrieb daraufhin einen Brief an Göring, worin er Englands Absicht betonte, den Krieg zu vermeiden. Diesen Brief überbrachte Dahlerus persönlich. Auf Veranlassung Görings wurde er um Mitternacht in die Reichskanzlei geholt, wo Hitler ihn empfing.

Dahlerus fuhr fort: „Hitler war in äußerster Erregung und sehr nervös. Wenn es Krieg mit England gäbe, schrie er, dann würde er U-Boote bauen und U-Boote, U-Boote, U-Boote, und er werde Flugzeuge bauen, Flugzeuge, Flugzeuge, Flugzeuge. Er werde alle seine Feinde vernichten.“

Schließlich sei Hitler ruhiger geworden und habe gefragt: „Warum kann ich mit England zu keiner Verständigung gelangen?“

„Weil die Engländer kein Vertrauen zu Ihnen haben“, habe Dahlerus geantwortet.

Dahlerus sei wieder nach London geflogen, um zu vermitteln, er wurde von Chamberlain und Lord Halifax empfangen und floz noch am gleichen Tage nach Berlin zurück.

Wegen drängen müßten, sagte Göring: „Dann schmeißen wir die Juden eben raus. Dazu brauchen wir kein Gesetz. Oder sie können ja auch die Reisen auf dem Lokus zurücklegen.“

Goebbels verlangte dann, daß die Juden auch aus Bädern vertrieben würden und wollte eine Verordnung haben, die ihnen das Betreten des deutschen Waldes verbot.

Göring schloß diese Sitzung über die Judenfrage mit den Worten: „Die Schweine werden sich in Zukunft hüten, noch einen Mord zu begehen. Ich möchte in Zukunft kein Jude in Deutschland sein.“

Ein Kunstfreund und Sammler Hinsichtlich seiner ehemaligen Vermögenslage erklärte Göring, er sei durch seine Sammel Leidenschaft in große Bedrängnis gekommen. Es sei zwar richtig, daß er sein Vermögen dem Finanzminister einmal mit 50 Millionen Reichsmark angegeben habe, er habe ihm aber gleichzeitig gesagt, daß sein ganzes Geld in Kunstwerten investiert sei.

„Wenn mir plötzlich etwas passiert“, habe er damals gesagt, „wird meine Familie vis-à-vis da stehen und Sie müssen dann sehen, daß Sie ihr eine Rente oder so was schaffen.“

Je weiter das Verhör am Mittwochmorgen fortgeschritt, desto nervöser wurde Göring, desto erregter wurde seine Stimme, desto mehr schienen ihm die Fragen des Anklägers und die Aktennotizen, die ihm vorgehalten wurden, in die Enge zu treiben.

Oberrichter Jackson hielt ihm ein Dokument vor, einen Bericht über eine Lebensbesprechung bei Hitler am 27. Januar 1945. Hitler äußerte auf dieser Besprechung Befürchtungen, daß ein Lager mit 10 000 alliierten Kriegsgefangenen vom Feind überfallen werden könnte. Göring erwiderte darauf, dem vorgelegten Protokoll zufolge, „dann ziehen wir ihnen eben die Hosen runter und Schuhe aus, dann können sie uns nicht weglaufen.“

Göring sagte hierzu vor Gericht: „Das muß ein Irrtum in der Stenogrammaufnahme sein. Vielleicht hat das einer der anderen Herren gesagt.“

Noch im Gerichtssaal ist er arrogant

Unmittelbar vor Schluß der heutigen Verhandlung kam es zu einem außerordentlich schroffen und erregten Zusammenstoß zwischen Hauptankläger Jackson und dem Angeklagten Göring, als dieser von ihm weiter verhört wurde.

Oberrichter Jackson rief dem Gericht zu: „Der Angeklagte Göring benimmt sich im Zeugenstand arrogant, sein Benehmen ist eine Mißachtung des Gerichts, es wird ihm hier in Form der Prozeß gemacht, wie er sie seinerzeit keinem Menschen zugestanden hat, er antwortet auf keine Frage korrekt, und ich bitte das Gericht, ihn anzuweisen, die Fragen direkt zu beantworten und seine Erläuterungen seinem Anwalt zu überlassen.“

Hierzu kam es, nachdem sich Göring über einen Übersetzungsirrtum der amerikanischen Anklage mit breitem Lachen und vielen Worten lustig gemacht hatte.

Aus einem Sitzungs-Protokoll

Lord Justice Lawrence, der Vorsitzende des Gerichtshofes, sagte am 18. Verhandlungstag, Göring würde angewiesen werden, mit „Ja“ oder „Nein“ zu antworten, wo eine solche Antwort möglich sei. Es sei ihm jedoch gestattet, Erklärungen abzugeben, wo eine solche Erklärung gerechtfertigt sei.

Im Verlauf seines darauffolgenden Verhörs wurde Göring verschiedentlich genötigt, ausweichende oder unsachliche Antworten in präzise umzuwandeln.

Das Protokoll einer Sitzung unter dem Vorsitz Görings vom 12. 11. 1938, zu dem sich Göring vor Gericht bekannte, spricht von einer Kontroverse zwischen Goebbels und Göring. Goebbels erklärte, Deutsche fühlten sich provoziert, wenn sie beispielsweise mit einem Juden ein Schlachtwagenabteil teilen müßten. Hierzu schlug Göring vor, in jedem Zug einen Wagen besonders für Juden zu reservieren.

Als Goebbels dagegen einzuwenden hatte, daß dann vielleicht nur zwei Juden an einem Tage in einem Zuge reisen wollten, in dem einen ganzen Wagen für sich hätten, während vielleicht die arischen Volksgenossen sich in überfüllten

Zwei Tage später, am 29. August, rief Göring ihn an und sagte: „Zwischen dem Führer und dem britischen Botschafter ist ein großer Krach entstanden.“

Dahlerus gab noch immer nicht auf. Als Dahlerus am 1. September gerade mit neuen Vermittlungsvorschlägen zu Göring kam, erklärte ihm Göring nach einem gewissen Zögern: „Der Krieg hat angefangen.“

Getuschel mit Ribbentrop

Der britische Ankläger Sir David Maxwell Fyfe zitierte beim Verhör des Zeugen Dahlerus zahlreiche Stellen aus dessen Buch „Der letzte Versuch“, in dem es heißt, daß sich Göring in den letzten Tagen des August mit den Worten von Dahlerus verabschiedet habe: „Falls wir uns nicht wiedersehen sollten, möchte ich Ihnen vielmals danken.“ Auf seine erstaunte Frage, warum sie sich denn nicht wiedersehen sollten, habe Göring ausweichend geantwortet. Einige Wochen später habe ihm Göring dann mitgeteilt, er hätte verhindert, daß Ribbentrop Vorbereitungen getroffen habe, das Flugzeug, das Dahlerus zurückbrachte, zum Absturz zu bringen.

Bei diesen Worten richtete sich Ribbentrop auf der Anklagebank empor auf, schüttelte energisch den Kopf und versuchte dann ein Lachen, gleich darauf steckten er und Göring über den Schoß des völlig apathischen Heß hinweg ihre Köpfe zusammen und tuschelten erregt.

Bevor er den Zeugenstand verließ, erklärte Dahlerus abschließend: „Wenn ich damals gewußt hätte, was ich jetzt weiß, dann wäre es mir klar gewesen, daß meine Bemühungen, den Frieden zu retten, fehlschlagen würden.“

Wagen drängen müßten, sagte Göring:

Goebbels verlangte dann, daß die Juden auch aus Bädern vertrieben würden und wollte eine Verordnung haben, die ihnen das Betreten des deutschen Waldes verbot.

Göring schloß diese Sitzung über die Judenfrage mit den Worten: „Die Schweine werden sich in Zukunft hüten, noch einen Mord zu begehen. Ich möchte in Zukunft kein Jude in Deutschland sein.“

Ein Kunstfreund und Sammler

Hinsichtlich seiner ehemaligen Vermögenslage erklärte Göring, er sei durch seine Sammel Leidenschaft in große Bedrängnis gekommen. Es sei zwar richtig, daß er sein Vermögen dem Finanzminister einmal mit 50 Millionen Reichsmark angegeben habe, er habe ihm aber gleichzeitig gesagt, daß sein ganzes Geld in Kunstwerten investiert sei.

„Wenn mir plötzlich etwas passiert“, habe er damals gesagt, „wird meine Familie vis-à-vis da stehen und Sie müssen dann sehen, daß Sie ihr eine Rente oder so was schaffen.“

Je weiter das Verhör am Mittwochmorgen fortgeschritt, desto nervöser wurde Göring, desto erregter wurde seine Stimme, desto mehr schienen ihm die Fragen des Anklägers und die Aktennotizen, die ihm vorgehalten wurden, in die Enge zu treiben.

Oberrichter Jackson hielt ihm ein Dokument vor, einen Bericht über eine Lebensbesprechung bei Hitler am 27. Januar 1945. Hitler äußerte auf dieser Besprechung Befürchtungen, daß ein Lager mit 10 000 alliierten Kriegsgefangenen vom Feind überfallen werden könnte. Göring erwiderte darauf, dem vorgelegten Protokoll zufolge, „dann ziehen wir ihnen eben die Hosen runter und Schuhe aus, dann können sie uns nicht weglaufen.“

Göring sagte hierzu vor Gericht: „Das muß ein Irrtum in der Stenogrammaufnahme sein. Vielleicht hat das einer der anderen Herren gesagt.“

Der vernachlässigte Acker

In fast jedem Lande in der Welt herrscht eine beträchtliche Knappheit an Lebensmitteln, und die meisten dieser Länder sind nicht in der Lage, diese Fehlbeträge aus eigenen Kräften auszugleichen. Infolgedessen müssen Ausfuhr von anderen Ländern erfolgen, die einen Überschuß an Nahrung haben. Diese Überschüß-Exportländer haben aber in den meisten Fällen jetzt weniger überschüssige Nahrungsmittel für den Export frei.

Das größte Nahrungsmittelexportgebiet der Welt, der Ferne Osten, stand beinahe 4 Jahre unter japanischer Besetzung. Der Reis, die Pflanzenfette und der Zucker dieses Gebietes, die gewöhnlich nach Europa und Indien verschifft wurden, sind ausgefallen. Australien, eines der vier großen Weizenausfuhrländer, ist von einer schrecklichen Dürre heimgesucht worden. In Argentinien mußten große Lagerbestände von Mais, Weizen und Leinsaat als Brennstoff benutzt werden, um die Eisenbahnen und die elektrischen Kraftwerke betreiben zu können. Die Nahrungsmittelproduktion in Nordafrika, Ägypten und Syrien ist katastrophal gefallen. Die Gebiete Nordafrikas und des östlichen Mittelmeeres müssen jetzt Nahrungsmittel für ihre eigene Versorgung einführen.

Sobald die Erzeugung von Ernten und Viehbeständen absinkt, beginnt das Gesetz des abnehmenden Ertrages in Kraft zu treten, und dieses Gesetz wirkt sich in der Landwirtschaft rascher und verhängnisvoller aus als in jeder anderen modernen Wirtschaftstätigkeit.

Folgen des Viehabschlachtens

Einer der ersten und bedeutendsten Faktoren, die zu diesem Entwertungsvorgang beitragen, ist die Abschachtung des Viehbestandes. Wenn eine Kuh abgeschlachtet worden ist, so fallen ihre Erzeugnisse wie Milch, Butter und Käse sofort aus. Ferner geht die voraussichtliche Erzeugung eines Kalbes im folgenden Jahre verloren, und vielleicht das Schlimmste von allem ist der Verlust des Mistes, durch den dem Boden wieder Humus zugeführt wird.

Das Ergebnis ist, daß weite Landstrecken zu einer sogenannten „Staubschüssel“ werden, auf der nichts mehr wachsen will.

Die Folgen der kürzlichen Dürreperioden haben sich noch verschärft, weil die Zufuhr von Humus im Boden aller Länder nicht groß genug war. Wenn eine Dürre in einem tropischen Lande wie Indien eintritt, das für das Wachsen seiner Ernten vollkommen auf die Regenfälle angewiesen ist, da wenig oder gar kein Humus durch die indischen Bauern dem Boden wieder zurück-erstattet wird und Kunstdünger keine Verwendung findet, so ist das Absinken der Ernteerträge für Getreide so erheblich, daß fast immer eine Hungersnot droht. Es ist daher notwendig, sowohl Weizen wie Reis einzuführen.

Einfuhr notwendig

In Europa ist nicht zu befürchten, daß die Ernteerträge so erheblich fallen, da die Regenfälle und die Landeskultur so sind, daß ein genügend hoher Ernteertrag von allen Ländern erwartet werden kann, die sich auf dem ganzen Kontinent unter Kultur befinden. Aber das Verhältnis zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung ist für die Nahrungsmittelproduktionsgebiete so ungünstig, daß die Ernten Europas niemals genügen, um die gesamte Bevölkerung zu ernähren. Die Bevölkerungsziffern der Städte sind so groß, daß die einzige Möglichkeit für die Ernährung dieser Menschenmassen die Einfuhr ist, die normalerweise mit der Ausfuhr von Industriewaren bezahlt wird.

Es ist klar, daß Europa, bis es in der Lage ist, seine Nahrungsmittelzufuhr mit der Ausfuhr von Industrieerzeugnissen zu bezahlen, sich so weitgehend wie möglich auf die eigene Erzeugung stützen muß. Dies setzt die größten Anstrengungen aller Einwohner jedes Landes voraus, die Nahrungsmittel zu produzieren, die sie benötigen.

Das Land ist krank

Zusammenfassend ist zu der augenblicklichen Ernährungslage der Welt festzustellen, daß nicht genügend Nahrungsmittel gewonnen sind, um die Bedürfnisse der Völker in jedem Lande zu befriedigen. Die Reserven aus den vergangenen Ernten sind auf einem anormal niedrigen Stand herabgesunken. Die Fruchtbarkeit des Bodens hat nachgelassen, weil ihm Jahr für Jahr Ernten abgefordert wurden und zu wenig an ihn zurück-erstattet worden ist in Gestalt von organischem Dünger und nicht genug mit Hilfe von künstlichen Düngemitteln. Solange die Bodenfruchtbarkeit nicht wieder hergestellt ist, kann auf eine Besserung nicht gehofft werden. Das Land ist krank aus Mangel an Humus, und dem Viehbestand mangelt die Lebenskraft, da das Futter an Nährwert und Menge geringer geworden ist und die Züchtung mit weniger Sorgfalt als üblich durchgeführt wurde.

Der Niedergang schreitet fort, und wenn er nicht aufgehalten und ins Gegenteil verkehrt werden kann, wird die Knappheit an allen Nahrungsmitteln anhalten. Alles nur irgend mögliche muß getan werden, um den Ruin der Landwirtschaft aufzuhalten, damit die Menschheit in der ganzen Welt bestehen kann. In Deutschland ist es mehr noch als in anderen Ländern notwendig.

Rationen und Arbeitszeit

Hamburg, 18. März. Es ist vollkommen verständlich, daß die gegenwärtig in Deutschland zur Verteilung kommenden Lebensmittelrationen sich auf die Arbeitsleistung der Werktätigen auswirken können. Die Aufrechterhaltung und Verteilung der gegenwärtigen Lebensmittelrationen, ferner das Funktionieren des Transportwesens und anderer öffentlicher Einrichtungen hängen weitgehend davon ab, ob die werktätige deutsche Bevölkerung ihre Leistungen auf einem höchstmöglichen Stand halten kann.

Jede Angleichung der Arbeitszeit an die Kürzung der Lebensmittelrationen muß mit Rücksicht auf die Auswirkungen geschehen, die sie auf das Leben des Volksganzen und die Erholung der deutschen Wirtschaft hat. Man kann nicht schematisch vorgehen. Es wird erwartet, daß Arbeitgeber, Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter in den Fabriken sich besonders mit diesem Notstand befassen und eine Lösung suchen, die ihrer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse und der besonderen Auswirkungen in ihrem Falle entspricht. Eine Kürzung der Arbeitszeit hat unvermeidlich eine Kürzung der Löhne zur Folge, doch wird sich an der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung nichts ändern. Auch die Lebensmittelzusatzkarten für bestimmte industriell Beschäftigte werden weiterhin in aller Höhe gewährt werden.

Auschwitz-Kommandant verhaftet

Hamburg, 19. März. Der frühere Kommandant des Konzentrationslagers Auschwitz, Rudolf Höss, wurde vor wenigen Tagen verhaftet und hat ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er gab zu, auf Befehl Himmlers die Weisungen für die Vergasung von zwei Millionen Menschen gegeben zu haben.

In der Zeit des deutschen Zusammenbruchs war Höss verschwunden. Er konnte jetzt in der Nähe von Flensburg festgenommen werden, wo er unter dem Namen Franz Lang auf einem Bauernhof arbeitete. Er sieht als Kriegsverbrecher seinem Prozeß entgegen.

Am 1. Mai 1941 kam Höss nach Auschwitz, das er in ein Konzentrationslager größten Stils für politische Häftlinge aus den Ostgebieten umwandelte. Sein erster Adjutant wurde Josef Kramer, der später zum Kommandanten von Belzen ernannt und inzwischen von einem alliierten Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

Höss gibt zu, daß die Vernichtung von Menschenleben in der ganzen Zeit, in der er im Lager war, durchgeführt wurde. Bis zum 1. Dezember 1943 wurden auf diese Weise etwa zwei Millionen Menschen umgebracht.

Kriegsverbrecherprozeß in Hamburg

Hamburg, 18. März. 14 SS-Angehörige erschienen heute vor dem Hamburger Gericht zur Aburteilung von Kriegsverbrechen unter der Anklage, haupt- und mitschuldig am Tod von 40 000 Häftlingen des Konzentrationslagers von Neuengamme zu sein. Der Prozeß wird mehrere Wochen dauern.

Angeklagt sind: Der ehemalige Lagerkommandant Max Pauly, sein Adjutant Karl Totzauer, der Lagerführer Anton Thumann und die beiden SS-Arzte Dr. Bruno Kitt und Dr. Alfred Tzebinski sowie neun SS-Unterrichter, die als Blockführer oder Kommandoführer eingesetzt waren. Auch der ehemalige SS-Unterscharführer Wilhelm Bahr, der als Zeuge im Hamburger Giftgasprozeß zugeb, mit Blausäuregas 200 kriegsgefangene Russen getötet zu haben, befindet sich auf der Anklagebank.

500 Millionen Menschen hungern

Paris, 20. März. Etwa 500 Millionen Menschen in der ganzen Welt sind zur Zeit nicht ausreichend ernährt, erklärte Herbert Hoover, der frühere Präsident der USA, und gegenwärtig Ehrenpräsident des Hilfsausschusses für Ernährungsfragen in Paris. Präsident Hoover wird, wie jetzt endgültig feststeht, auch Deutschland einen Besuch abstatten. Eine Einladung ist bisher nur von dem Befehlshaber der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands an ihn ergangen. Aber Hoover dürfte auch die anderen Zonen besuchen.

Die Ernährungslage der Welt ist heute wahrscheinlich kritischer als nach dem ersten Weltkrieg, stellte Hoover fest. Wenn die Lieferländer alle Anstrengungen machen, würden für die ganze Welt 18 bis 14 Millionen Tonnen Getreide verfügbar sein.

England und die meisten europäischen Länder, einschließlich Spanien, haben die Vereinigten Staaten um Beistand in der Lebensmittelversorgung gebeten, legte Hoover dar. Der Zweck seiner Reise sei es nun, einen Überblick über die Ernährungslage der Welt zu gewinnen. Die Vereinigten Staaten hätten bereits drastische Maßnahmen ergriffen. Wenn der Zeitraum bis zur kommenden Ernte überbrückt werden könnte, würde die Lage wesentlich besser sein, erklärte Hoover.

Atlantic City, 20. März. Die Vereinigten Staaten sollten die Lebensmittelrationierung auf der Basis der Kriegsjahre wieder einführen, schlägt Herbert Hoover, der bisherige und jetzt zurücktretende Generaldirektor der UNRRA, im letzten Ausschußbericht der Organisation vor.

Im kommenden Jahr würde kaum die Hälfte der erforderlichen Lebensmittel vorhanden sein und daher müßten viele Millionen hungern und viele würden sogar verhungern, erklärte Hoover weiter. Der vereinigte englisch-amerikanisch-kanadische Ernährungsausschuß sollte, wie Hoover fordert, durch den Beitritt Rußlands erweitert werden und seine Tätigkeit auch nach dem Ende der UNRRA im kommenden Dezember fortsetzen.

31 Millionen Tonnen Lebensmittel benötigen die Länder, die auf die Hilfe der UNRRA angewiesen sind, allein im ersten Quartal des laufenden Jahres, wenn der Hunger vermieden werden soll. Aber nur 17 Millionen Tonnen habe die UNRRA dafür erhalten, bemerkte der bisherige Leiter der UNRRA. Am ungünstigsten sei die Lage in China und Indien. Die langfristigen Planungen der UNRRA sahen auch die Lieferung von Vieh vor, um die Viehbestände wieder aufzubauen. Aber viele der Tiere seien z. B. in Polen abgeschlachtet worden, und die Bauern

drohten, nun den Saatweizen anstatt ihn zu säen, aufzufressen, wenn ihnen nicht Weizen für die Ernährung geliefert würde, führte Herbert Lehman aus.

Der englische Staatsminister Noel Baker erklärte auf der Plenarsitzung des UNRRA-Rates: Wenn nicht die UNO, den Völkern der Erde Nahrung und Arbeit gibt, wenn sie die Aufgaben der UNRRA übernimmt, hat sie keine Erfolgsaussichten. Die englische Regierung stimme der Ansicht von General Eisenhower zu, daß man nur dann einen Frieden von Dauer begründen könne.

Keine deutschen Lebensmittel für englischen Verbrauch

Hamburg, 20. März. Feldmarschall Montgomery hat im Hinblick auf die ernste Lebensmittellage eine Anordnung erlassen, wonach den Besatzungsgruppen die Beschaffung von Nahrungsmitteln aus deutschen Quellen verboten ist. Dieser strikte Befehl tritt sofort in Kraft und verbietet auch die Ankaufe von Einzelpersonen und von oder für Kantinen und Clubs. Lediglich beschränkte Ankaufe für britische Sanitätseinheiten für den Lazarettbedarf sind von dieser Anordnung ausgenommen.

Die Art der Futtermittelbeschaffung für Pferde wird zur Zeit noch überprüft. Doch kann die bereits eingelaufene Beschaffung von Futtermitteln solange fortgesetzt werden, bis eine Entscheidung getroffen wird. Neue Beschaffungen dürfen bis zu diesem Zeitpunkt des endgültigen Bescheides nicht vorgenommen werden.

Sofortige Phosphateinfuhr

Hamburg, 20. März. Vorbereitende Maßnahmen sind getroffen worden, um sofort 98 000 Tonnen Phosphate in die britische Besatzungszone Deutschlands einzuführen, und damit den diesjährigen Ernteertrag zu steigern.

Bisher wurde nur ein Viertel des gegenwärtigen Phosphatbedarfs in der britischen Zone durch Thomaschlacke gedeckt, und die Vorräte an Phosphaten sind fast erschöpft.

Aber außer Phosphat benötigt der ausgesagene deutsche Ackerboden auch Stickstoff und Pottasche, die in der britischen Zone gewonnen werden können. Der gegenwärtige Bedarf an Pottasche wird zur Hälfte durch Bergbau in der britischen Zone erzeugt. Ein etwas geringeres Quantum an Stickstoff wird auch hergestellt und durch die Einfuhr von 10 000 Tonnen Ammonium Nitrat ergänzt.

